

Verfahrensinformation VgV: Erschließung eines Gewerbe-Energie-Parks in der ehem. Stapelholmer Kaserne - Ingenieurleistungen

Vergabenummer	BL2024-007
Bezeichnung	Erschließung eines Gewerbe-Energie-Parks in der ehem. Stapelholmer Kaserne - Ingenieurleistungen
Art der Vergabe	Offenes Verfahren
Vergabe- und Vertragsordnung	VgV
Art des Auftrags	Freiberuflich

Auftraggeber

Adresse der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle

Bezeichnung	Amt Nordsee-Treene
Postanschrift	Schulweg 19
Ort	25866 Mildstedt
Telefon	+49 4841992412
E-Mail	l.daufeldt@amt-nordsee-treene.de
URL	https://www.amt-nordsee-treene.de/

Bei Vergabe im Namen und für Rechnung

Haupttätigkeit [Allgemeine öffentliche Verwaltung](#)

Beschaffung im Auftrag

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber ☐ Nein

Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können

[Siehe "zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle"](#)

Weitere Auskünfte erteilt

[Siehe "zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle"](#)

Stelle für Nachprüfungsverfahren / Vergabekammer (§ 156 GWB)

Bezeichnung	Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus
Postanschrift	Düsternbrooker Weg 94
Ort	24105 Kiel
Telefon	+49 4319884542
E-Mail	vergabekammer@wimi.landsh.de
URL	https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/themen/wirtschaft/vergabekammer/vergabekammer_node.html

Stelle für Schlichtungsverfahren / Vergabepflichtstelle

[Keine Adressinformation vorhanden.](#)

Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind

[Keine Adressinformation vorhanden.](#)

Allgemeine Fach- und Rechtsaufsicht

[Keine Adressinformation vorhanden.](#)

Auftragsgegenstand

Beschaffungsübereinkommen Ja
(GPA)

Leistungsbeschreibung

Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens

Objektplanung für Ingenieurbauwerke und Verkehrsanlagen (Leistungsphasen 4 bis 9)

Gesamtmenge bzw. Umfang (inkl. Lose und Optionen)

Die Gemeinde Seeth beabsichtigt, im Ostteil der ehem. Stapelholmer Kaserne ein energieeffizientes Gewerbegebiet zu entwickeln bzw. zu erschließen. In den unbebauten Randflächen soll regenerative Energie produziert werden. Der Westteil der Kaserne wird weiterhin als Reservestandort des Landes Schleswig-Holstein für die Flüchtlingsbetreuung genutzt. Die Zugänglichkeit zum Westteil der Kaserne ist jederzeit zu gewährleisten. Der Bauablauf ist während der Planungsphase entsprechend zu koordinieren.

Für die Gewerbeentwicklung ist die Neuordnung bzw. Ertüchtigung des Bestandsnetzes der Verkehrsanlagen, Wasserversorgung- und Entwässerungsanlagen erforderlich. Hierfür liegt eine Entwurfsplanung (LP 3 HOAI) vor - siehe auch Anlagen.

Das Erschließungsgebiet verfügt über ein geschlossenes Netz an Wasserversorgungs- und Entwässerungsanlagen sowie Energieversorgungs- und Kommunikationsanlagen aus der Bauzeit der Kaserne vor rd. 60 Jahren. Dieses Netz durch-quert die gesamte Liegenschaft und weist erhebliche Funktionsmängel auf. Im Zuge der Teilflächenverwertung an Gewerbeunternehmen ist eine Netztrennung zwischen den Bauflächen sowie auch ein Teilrückbau von Leitungen nötig.

Für das Vorhaben wurde ein Antrag zur Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur gestellt, der sich derzeit noch im Prüfverfahren befindet. Die Realisierung des Vorhabens insgesamt und auch der hier beschriebenen Aufgabenstellung ist von einem Zuwendungsbescheid abhängig.

Dienstleistungskategorie

	CPV-Code	Bezeichnung	Zusatzteil
Haupt-gegenstand	71240000-2		
Ergänzende Gegenstände			

Leistungsorte

NUTS-Code DEF07

Hauptleistungsort

Bezeichnung

Ehemalige Stapelholmer Kaserne

Postanschrift

Hauptstraße 100

Ort

25878 Seeth

Ausführungsfristen

Dauer (ab Auftragsvergabe) Beginn 03.06.2024, Ende 30.06.2025

Fristen

Bezeichnung	Datum, ggf. Uhrzeit
Frist zur Einreichung von Aufklärungsfragen (u.a.)	04.03.2024
Angebotsfrist	12.03.2024 14:00 Uhr
Zuschlags-/Bindefrist	10.05.2024

Wertung

Wertungsmethode der Vergabe

Wertungsmethode	Wirtschaftlich günstigstes Angebot gemäß der im Anschreiben oder den Vergabeunterlagen angegebenen Kriterien.
-----------------	---

Lose

Etwaige Vorbehalte wegen Teilung in Lose, Umfang der Lose und mögliche Vergabe der Lose an verschiedene Bieter

Die Vergabe ist in 2 Lose aufgeteilt.

Beabsichtigter Losbezug	Das Angebot kann sich nur auf die Gesamtleistung erstrecken.
-------------------------	--

Angaben zu Los Nr. 1

Bezeichnung	Objektplanung für Ingenieurbauwerke
Menge bzw. Umfang	Entwässerungsanlagen mit Versorgungs- und Entwässerungsbauwerken (Leistungsphasen 4 bis 9), Regen- und Schmutzwasserableitungsanlagen in getrennten Systemen, Trinkwasser- und Löschwasserversorgungsanlagen, einschl. Netztrennung
Wertungsmethode	Siehe oben "Wertungsmethode der Vergabe"

Angaben zu Los Nr. 2

Bezeichnung	Objektplanung für Verkehrsanlagen
Menge bzw. Umfang	Straßenbau (Leistungsphasen 4 bis 9)
Wertungsmethode	Siehe oben "Wertungsmethode der Vergabe"

Nachweise / Bedingungen

Vom Unternehmen einzureichende Unterlagen

Auf Anforderung der Vergabestelle vorzulegende Unterlagen

Bedingung an die Auftragsausführung

- Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen (mittels Dritterklärung vorzulegen)
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse (mittels Dritterklärung vorzulegen)
- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen (mittels Dritterklärung vorzulegen)

Auflagen zur persönlichen Lage

Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen	Als Eigenerklärung vorzulegen: - Angabe zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft - Angabe zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung - Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt - Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation - Angaben zur Eintragung ins Berufsregister des Sitzes oder Wohnsitzes des Unternehmens - Nur bei Eignungsleihe: Eigenerklärung zur Eignung für jedes der in Anspruch genommenen Unternehmen - Nur bei Unterauftragsvergabe: Angaben zur Unterauftragsvergabe
---	--

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Eignungskriterien gemäß Auftragsunterlagen	Nein
Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen	- Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung mit Deckungssummen in Höhe von mind. 1,5 Mio. EUR für Personenschäden und mind. 500.000 EUR für sonstige Schäden oder Bescheinigung eines Versicherers zur Deckungsübernahme im Auftragsfall

- Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers in den letzten 3 Geschäftsjahren (jahresweise) und Eigenerklärung über den Umsatz in den letzten 3 Geschäftsjahren (jahresweise) für Leistungen, die dem hier ausgeschriebenen Auftragsgegenstand entsprechen, soweit dieser vom Gesamtumsatz abweicht

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Eignungskriterien gemäß
Auftragsunterlagen

Nein

Auflistung und kurze
Beschreibung der
Bedingungen

- Angabe über vom Unternehmen ausgeführte Referenzprojekte (mind. 3) aus den letzten 10 Jahren. Hier ist eine Liste über früher ausgeführte Aufträge der entsprechend erbrachten Leistungen mit Angabe des Werts, des Liefer- bzw. Erbringungszeitpunkts sowie des öffentlichen oder privaten Empfängers gefordert. Zur weiteren Prüfung sind die Kontaktdaten der früheren Auftraggeber mit anzugeben. Für den Fall, dass der Bewerber mehr als 3 Referenzen einreicht, hat er anzugeben, welche der Referenzen der Auftraggeber bei der Auswahlentscheidung berücksichtigen soll. Erfolgt keine Angabe, wird der Auftraggeber die ersten 3 Referenzen in der Reihenfolge der Anlagennummern seiner Auswahl zugrunde legen.

- Eigenerklärung, welche Teile des Auftrags der Bewerber unter Umständen an andere Unternehmen zu vergeben beabsichtigt. Hierbei ist Folgendes zu beachten: Beabsichtigt der Bewerber zur Erfüllung der Eignungskriterien die Kapazitäten anderer Unternehmen im Hinblick auf die erforderliche technische und berufliche oder die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihe), so muss der Bewerber unabhängig von der Rechtsnatur der Verbindungen mit seinem Angebot die hierfür vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen sowie die vorgesehenen anderen Unternehmen benennen (Formblatt Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen 235). Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle ist der Nachweis, dass die Kapazitäten tatsächlich zur Verfügung stehen (z.B. mit dem Formblatt Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen 236), vorzulegen. Für den Fall, dass der Bewerber im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nimmt, ist auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle eine Erklärung vorzulegen, wonach der Bewerber gemeinsam mit anderen Unternehmen in dem Umfang haftet, in dem ihre Kapazitäten in Anspruch genommen werden.

Beabsichtigt der Bewerber, Unteraufträge zu vergeben, ohne zur Erfüllung der Eignungskriterien die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen (keine Eignungsleihe) hat der Bewerber als Anlage zum Angebot eine Eigenerklärung abzugeben, welche Teile des Auftrags an andere Unternehmen vergeben werden sollen. Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle sind die Namen der Unterauftragnehmer zu benennen und der Nachweis, dass die Kapazitäten tatsächlich zur Verfügung stehen (z.B. mit dem Formblatt Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen 236), vorzulegen.

Besondere Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Vorzulegende Nachweise
als Bedingung an die
Auftragsvergabe

Ja, siehe Nachweise des Bereichs "Bedingung an die Auftragsausführung" im Abschnitt "Vom Unternehmen einzureichende Nachweise".

Weitere Bedingungen

Ja

Darlegung der besonderen
Bedingungen

Einzureichende Unterlagen:

- Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen (auf Anforderung der Vergabestelle mittels Dritterklärung vorzulegen)
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse (auf Anforderung der Vergabestelle mittels Dritterklärung vorzulegen)
- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen (auf Anforderung der Vergabestelle mittels Dritterklärung vorzulegen)

Verpflichtung zur Angabe
des Namens und der
beruflichen Qualifikationen
der Personen, die für die

Ja

VgV Offenes Verfahren

Ausführung des Auftrags
verantwortlich sind

Vorbehaltene Aufträge

Sind die Aufträge
vorbehalten? **Nein**

Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

Vergabeunterlagen

Bereitstellung der Vergabeunterlagen

Postalischer Versand	Nein
Elektronisch	Ja, mittels Vergabemarktplatz "DTVP"
URL zu den Auftragsunterlagen	https://satellite.dtyp.de/Satellite/notice/CXVHYYPY1N8LNB51/documents
Zugriff auf Auftragsunterlagen	Uneingeschränkter und vollständiger direkter Zugriff, gebührenfrei, unter der oben genannten URL
Im Rahmen der elektronischen Kommunikation ist die Verwendung von Instrumenten und Vorrichtungen erforderlich, die nicht allgemein verfügbar sind.	Nein

Angebote

Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Angaben zu befugten Personen und das Öffnungsverfahren	Bieter sind bei der Öffnung der Angebote gem. § 55 Abs. 2 VgV nicht zugelassen.
--	--

Angebotsabgabe

Art der akzeptierten Angebote	Elektronisch in Textform
Zugriff auf Preisdokumente bis zur manuellen Freigabe während der Angebotsprüfung/-wertung sperren (Zwei-Umschlags- Verfahren)	Nein
Eingabemöglichkeiten zu Angebotspreisen für Unternehmen innerhalb des Bietertools sperren	Nein

Weitere Anforderungen an Angebote

Elektronische Kataloge	Nicht zulässig
Forderung von Proben und Mustern	Nein

Nebenangebote

Nebenangebote	werden nicht zugelassen.
---------------	---------------------------------

Sprache(n)

Sprache(n), in der (denen) Angebote oder	Deutsch;
---	-----------------

Teilnahmeanträge verfasst
werden können

Verfahren/Sonstiges

Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags

UUID oder TED-
Veröffentlichungsnummer(n)

Sonstige Informationen

Sonstige Informationen für
Bieter/Bewerber

Genaue Angaben zu den
Fristen für die Einlegung von
Rechtsbehelfen

Bekanntmachungs-ID

Lesen Sie die beigefügten Unterlagen bitte sorgfältig durch und nutzen Sie bei Unklarheiten die Möglichkeit, Bieterfragen zu stellen. Achten Sie insbesondere darauf, alle erforderlichen Angaben zu machen.
Zum Angebot zählende Unterlagen dürfen nicht durch bloße Mitteilung eines Hyperlinks, Cloudzuganges und/oder Bereitstellung außerhalb der von der Vergabestelle für dieses Vergabeverfahren verbindlich erklärten Zugangswege zur Verfügung gestellt werden. Anderenfalls gelten diese als fehlend, verbunden mit den jew. daraus folgenden, vergaberechtlichen Konsequenzen.

(1) Etwaige Vergabeverstöße muss der Bewerber/Bieter gem. § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnisnahme rügen.
(2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Abgabe der Bewerbung oder der Angebote gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.
(3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB spätestens bis zum Ablauf der Frist für zur Bewerbungs- oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.
(4) Ein Vergabenachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB innerhalb von 15 Kalendertagen nach der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der Vergabekammer einzureichen.
(5) Setzt sich ein Auftraggeber über die Unwirksamkeit eines geschlossenen Vertrages hinweg, indem er die Informations- und Wartepflicht missachtet (§134 GWB) oder ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies auf Grund Gesetzes gestattet ist, kann die Unwirksamkeit nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union (§135 GWB).

CXVHYYPY1N8LNB51